Sprengsatz Gesundheitsreform

Laut prallen bei der eigentlich schon verabschiedet geglaubten Gesundheitsreform inzwischen wieder CDU und SPD aufeinander. Hauptstreitpunkt ist der geplante Gesundheitsfonds. Die Reform ist somit auf dem besten Weg zum Sprengsatz der großen Koalition zu werden.

Seitdem der erste Arbeitsentwurf des Bundesgesundheitsministeriums zur Gesundheitsreform im vergangenen August öffentlich wurde, hat Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt Ärger – und das nicht nur mit ihrem politischen Partner, sondern auch mit allen anderen, den Kassen, Ärzten, Apothekern, der Pharmaindustrie und sogar den Gewerkschaften. Flugs erklärte die aus dem Urlaub heimkehrende Ministerin, dass nichts mit ihr abgestimmt gewesen sei, die Beamten hätten falsch gehandelt. Seitdem wird nur noch hinter geschlossenen Türen verhandelt, sozusagen in geheimer Kommandosache.

Dauerbrenner Gesundheitsreform

Eingesehen hat man inzwischen, dass eine so schwierige Materie wie die Gesundheitsreform nicht im vorgesehenen Zeitrahmen in ein vernünftiges Konzept eingebunden werden kann. Der Start ist um drei Monate auf den 1. April 2007 verschoben, wobei vorhersehbar ist, dass dies nicht die letzte Verschiebung gewesen sein wird. Inzwischen kann man lesen, dass immer neue Interpretationen

der beiden Koalitionäre aufeinander prallen. Laut wird von beiden Seiten bei Nichteinigung nach dem Vermittlungsausschuss gerufen, auch über eine Verschiebung auf die nächste Legislaturperiode wird laut nachgedacht.

Der geplante Gesundheitsfonds ist der Hauptstreitpunkt. Die wohlhabenden Südländer sollen nach den bisherigen Reformplänen weniger Beiträge aus dem Fonds erhalten, als ihre Bürger einzahlen.

Auf dem besten Wege in die Staatsmedizin

Der Gesundheitsfonds soll dem Reformentwurf zufolge alle Krankenkassen in einem gigantischen Bundesverband zusammenfassen. Der Fonds verteilt dann die Gelder an Kassenärzte, Apotheken, Krankenhäuser und die Pharmaindustrie. Kassen, die mit dem geplanten Erstattungsbeitrag von derzeit 170 Euro nicht auskommen, müssen oder dürfen eine Zusatzprämie von ihren Mitgliedern erheben, wobei über deren Höhe noch keine Einigkeit besteht. Das Ende vieler Kassen ist damit vorherzusehen.

Mit Einführung des Gesundheitsfonds würden rund 144 Milliarden Euro Gesundheitsausgaben vom Bundesgesundheitsministerium kontrolliert. Der Wettbewerb zwischen den Kassen ist quasi nicht mehr vorhanden. Der Weg in die Staatsmedizin ist damit vorgegeben.

In den Fonds sollen über die Beitragseinnahmen hinaus auch Steuergelder fließen – im Jahr 2008 spärliche 1,5 Milliarden Euro, 2009 dann schon 3 Milliarden Euro. Diese zusätzlichen Gelder

sollen zur Gesundheitsversorgung der Kinder verwendet werden.

Der Gesundheitsfonds stellt somit den krankhaften Versuch dar, die diametralen Gegensätze von Bürgerversicherung und Prämienmodell in sich zu vereinigen.

In der aktuell geplanten Form führt er zu weniger Freiheit, mehr Bürokratie und staatlicher Gängelung. Dies haben auch die Kassenfürsten erkannt und rebellieren gegen die Reform, zumal ihnen die Gestaltung der Beiträge, deren Einzug und die daraus resultierenden Leistungen entzogen werden. Sie werden entmachtet. Entlassungen im Krankenkassenbereich werden dann unumgänglich sein.

Einschnitte auch bei den Privatkassen

Auch die Neuerungen für die privaten Krankenversicherungen sind umstritten. Sie sollen verpflichtet werden, in Zukunft einen Basistarif, der dem der gesetzlichen Krankenversicherung ähnelt, anzubieten, der dann durch verschiedene Zusatztarife aufgestockt werden kann. Die Versicherten sollen außerdem leichter als bisher den Versicherer wechseln können. Daneben soll die Möglichkeit eröffnet werden, Altersrückstellungen bei Versichererwechsel mitnehmen zu können. Der Basistarif soll von jedem Bürger, der sich privat versichern kann, gewählt werden können, egal wie sein Gesundheitszustand ist. Die privaten Krankenversicherer haben bei Umsetzung dieses Konzeptes schon mal Beitragserhöhungen bis zu 50 % prognostiziert.

Es steht fest, dass der demographische Wandel und der medizinische und medizintechnische Fortschritt zu Reformen im Gesundheitswesen zwingen. Weiterhin steht fest, dass die Reform die Bürger finanziell mehr belasten wird. Insofern ist zu hoffen, dass bald ein partiübergreifender Konsens gefunden wird. Schauen wir mal, wie es weiter geht.

Dr. Werner Kersten, Moers

Foto: stockxchng

Impressum „Der ÄDA informiert“

Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Ludger Klimek, Wiesbaden

Redaktion: Markus Seidl

Urban & Vogel Medien und Medizin
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Neumarkter Straße 43

81637 München

ÄDA-Geschäftsstelle: Service Systems
Carin Fresle, Ursula Raab
E-Mail: aeda@sersys.de